

Auf Recht bestehen

Mensch ärgere dich doch! Herbst der Gegenwehr - Sozialabbau verhindern

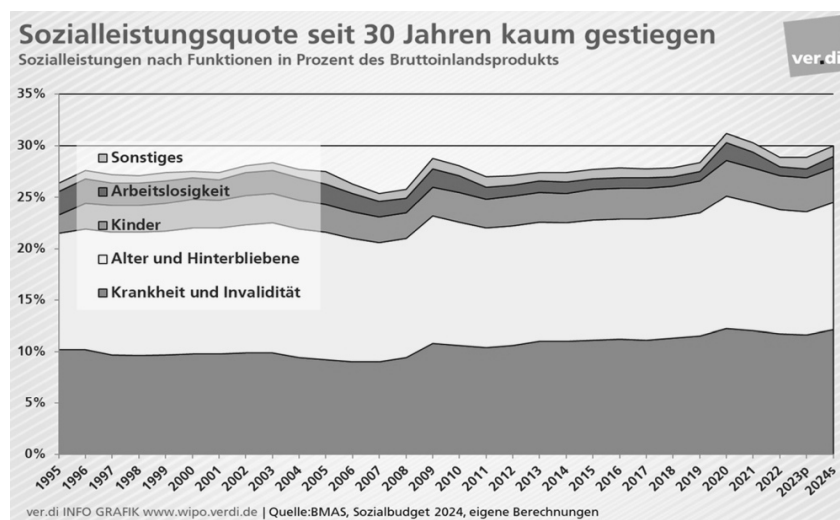


Behauptungen, Pläne und Realität

Kanzler Merz behauptet, der Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“ und er wolle sich auch nicht „durch Worte wie Sozialabbau, Kahlschlag und was da alles kommt, irritieren lassen“. Geplant ist ein Generalangriff auf den Sozialstaat. Ab 2026 soll Hartz IV wieder Grundsicherung heißen und das Bürgergeld ersetzen und laut Merz fünf Milliarden Euro - rund 10 Prozent der bisherigen Ausgaben - einsparen und dies trotz steigender Arbeitslosigkeit. Auch Kürzungen u.a. beim Wohngeld, beim Kinderzuschlag und bei Leistungen der Sozialversicherungen wie z.B. der Abschaffung des Pflegegrads 1 der Pflegeversicherung und die Umstellung der Krankenversicherung auf eine „Basisversorgung“ werden gefordert.

Dabei wird über den Sozialstaat ein völlig unzutreffendes Bild gezeichnet. Denn:

Die Sozialleistungsquote ist in den letzten 30 Jahren kaum gestiegen. Die angebliche Explosion der Kosten des so genannten Bürgergeldes ist eine glatte Lüge. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bürgergeld) sind, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), in den letzten 20 Jahren von 2,8 Prozent auf 1,7 Prozent gesunken. Die Ausgaben für die Renten bewegen sich auf einem ähnlichen Niveau wie in den letzten 30 Jahren.



Hetze gegen armutsbetroffene Bürger*innen

Die Hetze gegen Armutsbetroffene ist nicht neu, hat sich aber erheblich verschärft. Es wird behauptet, dass Menschen „zu wenig“ arbeiten würden und Erwerbslose und aufstockenden Arbeitnehmer*innen mehr hätten als Vollzeitarbeitende. Dies trifft nicht zu. Zudem wird ausgeblendet, dass zu den Sozialleistungsbeziehenden eine schnell ansteigende Zahl von Rentner*innen gehört. Durch eine menschenfeindliche Sprache und übelste Hetze besonders gegen Leistungsberechtigte der Grundsicherung soll der Boden für den geplanten massiven Sozialabbau bereitet werden. Diese werden als „Stütze-Faulenzer“ und Schmarotzer diffamiert, die es sich auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung in der sozialen Hängematte bequem machen. Sie seien dafür verantwortlich, dass der Sozialstaat „quasi insolvent“ sei, wie BDA-Chef Kampeter Herrn Merz beipflichtet. CSU-Generalsekretär Huber spricht beim Bürgergeld gar von „einem Schlag ins Gesicht für die fleißigen Arbeitnehmer.“

Weitere Informationen auf: <https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten>

Angriff auf das Existenzminimum

Mit der für 2026 vorgesehenen weiteren Nullrunde bei der Regelleistung, einer faktischen Kürzung für Betroffene, ist bereits ein Sozialleistungsabbau erfolgt. Statt dringend notwendiger Qualifizierung soll der Vermittlungsvorrang in schlechtbezahlte Tätigkeiten wieder eingeführt werden. Kürzungen sind zudem bei der Karenzzeit der Kosten der Unterkunft und beim Schonvermögen geplant. Auch eine Pauschalisierung der Wohnkosten ist angedacht. Dabei liegen die als „angemessen“ genehmigten Wohnkosten oft unter dem tatsächlichen Bedarf. So haben 2024 ca. 334.000 Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 116 Euro im Monat aus dem ohnehin viel zu niedrigen Regelsatz bezahlen müssen. Zudem drohen verschärfte Sanktionen bei Regelverstößen bis hin zum verfassungswidrigen Entzug aller Leistungen.

Einkommensarmut wächst in beängstigender Weise

Immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht (mehr) in der Lage, mit ihrem Geld über den Monat zu kommen. Die Preise insbesondere für Nahrungsmittel steigen und Energiekosten sind weiter hoch. Laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben in Deutschland 13 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Rentner*innen betrifft dies zu 19,6 Prozent, Alleinerziehende sogar zu 27 Prozent. Laut statistischem Bundesamt lebten 2024 32,2 Prozent der Bevölkerung in Haushalten, die nicht in der Lage waren unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten. Wohnungsnot und Mietkosten, deren Anteil am Einkommen stark wächst, prägen den Alltag von immer mehr Menschen.

Weiterer Sozialstaatsabbau droht

Statt der steigenden Armut entgegenzuwirken, hat die Regierung es auf weitere Kernbestandteile des Sozialstaats abgesehen, wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzung der Renten, Abschaffung des Achtstundentags und gesetzlicher Feiertage sowie die Ausweitung des Niedriglohnsektors und Senkung des allgemeinen Lohnniveaus. Um die Zerschlagung des Sozialstaats voranzutreiben, will sie Menschen mit wenig Geld gegeneinander ausspielen und plant eine weitere Umverteilung von unten nach oben.

Das machen wir nicht mit. Wir sagen NEIN. Solidarität statt Spaltung.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Denn in diesem Land, in dem für Rüstung und Militär scheinbar endlose Summen vorhanden sind und großzügig Steuergeschenke verteilt werden, ist Geld genug für eine armutsfeste Daseinsvorsorge da. Dafür fehlt jedoch der politische Wille. Eine alternde Gesellschaft, wachsende Alters- und Kinderarmut sowie der zunehmende Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen erfordern nicht weniger, sondern mehr Sozialstaat.

Sozialstaat sichern und finanzieren, starke Schultern und Vermögende heranziehen

Die Linnemanns, Merzen und Co. wollen nur nicht an die Einnahmenseite heran. Dies kann mit einer Vermögensabgabe, einer gerechteren Erbschaftssteuer sowie der Schließung von Steuerschlupflöchern für Überreiche und Vermögende umgesetzt werden. Dazu gehört auch eine konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung (Stichwort CumEx), eine höhere Besteuerung von sehr hohen Einkommen und eine Vermögenssteuer für vielfache Millionäre.

Wir fordern:

- Für alle Menschen **armutsfeste** Löhne, Renten und Existenzsicherungsleistungen
- Mehr Qualifizierungen und Weiterbildungen
- Einfacher und analoger Zugang zum Jobcenter und anderen Behörden
- Keine Kürzungen bei Gesundheitsversorgung und Pflege
- Bezahlbaren Wohnraum
- Sozialstaat ausbauen statt Rüstung und Militarisierung
- Gesellschaftlichen Reichtum umverteilen, Vermögenssteuer wieder einsetzen, Erbschaftssteuer reformieren

Dafür gehen wir auf die Straße. Macht mit. Solidarisiert Euch gegen Kahlschlagpolitik und für eine Sicherung des Sozialstaats.

Der Abbau des Sozialstaates

Geplante Verschärfungen der Bundesregierung:

„Neue Grundsicherung“:

- nach Antrag sofortiges Gespräch mit „Kooperations“plan mit Rechtsfolgenbelehrung, falls er nicht unterzeichnet wird, erfolgt ein Verwaltungsakt
- Grundsätzlich gilt Vermittlung vor Qualifizierung, Ziel ist Vermittlung in Vollzeitbeschäftigung insbesondere für Alleinstehende
- Auch eine Pauschalisierung der Wohnkosten, Entfall der Karenzzeit bei „unverhältnismäßig hohen“ Kosten der Unterkunft
- Abschaffung „temporärer Bedarfsgemeinschaften“ für umgangsberechtigte Eltern, stattdessen pauschalierter Mehrbedarf
- Sanktionen bis zur kompletten Streichung des Bürgergelds z. B. bei Terminversäumnissen

Leistungsberechtigte, die einen ersten Termin im Jobcenter versäumen, werden unverzüglich zu einem zweiten Termin geladen. Wird dieser Termin nicht wahrgenommen, werden die Leistungen in Höhe von 30 Prozent gekürzt. Bleibt auch ein dritter Termin ungenutzt, werden die Geldleistungen komplett eingestellt. Erscheint der Leistungsberechtigte zum darauffolgenden Monat nicht, werden alle Leistungen einschließlich Kosten der Unterkunft komplett eingestellt. Dabei werden Härtefälle berücksichtigt, insbesondere wenn mögliche gesundheitliche oder andere schwerwiegende Gründe für das Nichterscheinen festgestellt werden. Bei der ersten Pflichtverletzung gilt eine Leistungsminderung von 30 Prozent. Sofern der Leistungsberechtigte die Arbeitsaufnahme verweigert, werden im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Geldleistungen gestrichen. Die Leistungen für Kosten der Unterkunft sollen dann direkt vom Jobcenter an den Vermieter abgeführt werden.

- **Schonvermögen soll reduziert werden**

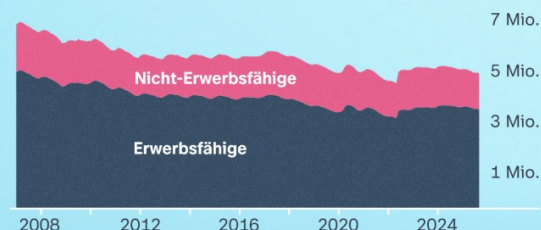
Bei der Vermögensanrechnung gibt es künftig keine Karenzzeit mehr. Zur Zeit gilt 40.000 € für die erste leistungsberechtigte Person in der Bedarfsgemeinschaft und 15.000 € für jede weitere Person in der BG. Nach 1 Jahr nur noch 15.000 € pro Person in der BG. Stattdessen wird das Schonvermögen nun an die Lebensleistung der Betroffenen gekoppelt – zum Beispiel durch Orientierung an Alter und bisherige Beitragszeiten in der Arbeitslosenversicherung. Und damit für viele wohl drastisch reduziert werden.

Verschärfungen in anderen Bereichen:

- „Aktivrente“ – faktische Erhöhung des Renteneintrittsalters für Menschen mit wenig Geld
- Abschaffung des 8-Stunden-Tages
- Pflegegrad 1 soll entfallen

So viele Menschen beziehen Bürgergeld

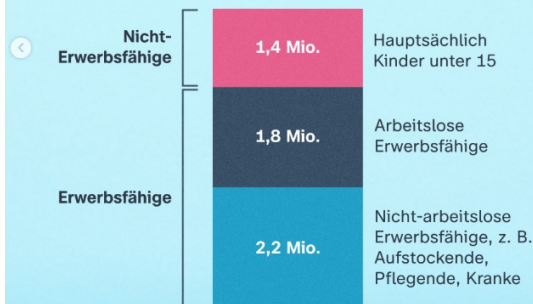
Im September 2025 erhielten 5,3 Mio. Menschen Bürgergeld. Dazu zählen **1,4 Mio. Nicht-Erwerbsfähige** – hauptsächlich Kinder unter 15 Jahren – und **3,9 Mio. Erwerbsfähige**, also Menschen, die mindestens drei Stunden täglich arbeiten könnten.



Anzahl der Regelleistungsberechtigten nach Sozialgesetzbuch II (Bürgergeldbezieher ab 2023, davor Arbeitslosengeld II)
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

zdfheute

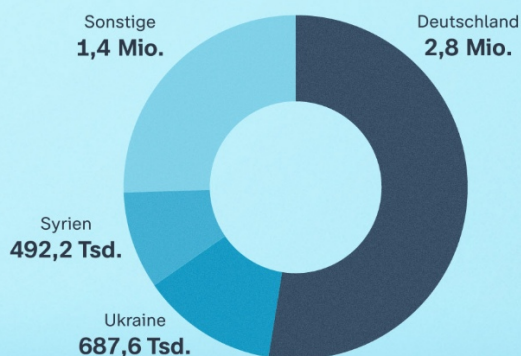
In diesen Lebenslagen bekommen Menschen Bürgergeld



zum Stichmonat April 2025
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

zdfheute

Menschen mit diesen Staatsangehörigkeiten beziehen Bürgergeld

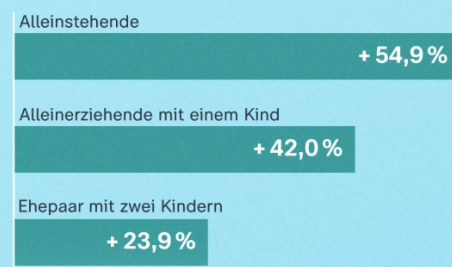


Regelleistungsberechtigte im Bürgergeld für die größten Gruppen nach Staatsangehörigkeit zum Stichmonat Mai 2025
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

zdfheute

So lohnt sich Arbeit zum Mindestlohn von 12,82 €

Einkommensplus bei rund 38 Std. Arbeit pro Woche gegenüber Bürgergeldbezug ohne Arbeit für:

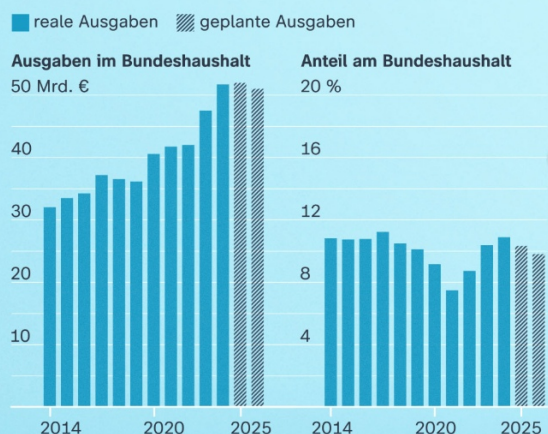


Beispielrechnungen für ausgewählte Haushaltskonstellationen (dabei Alleinerziehende mit 5-jährigem Kind, Ehepaar mit zwei Kindern im Alter von 5 und 14 Jahren sowie einem Erwerbsfähigen). Bei Erwerbstätigkeit wird der Bezug der geltenden unterstützenden Leistungen angenommen.

Quelle: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: Lohnt sich Arbeit in Deutschland noch?

zdfheute

So entwickeln sich die Ausgaben fürs Bürgergeld



Ausgaben im Bundeshaushalt für Regelsätze und Kranken- bzw. Pflegeversicherung, Heizen/Wohnen, Verwaltungskosten und Leistungen zur Eingliederung in Arbeit
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

zdfheute

Im Jahr 2024 flossen rund **51,7 Milliarden Euro** ins Bürgergeld. Zum Vergleich: 2014 waren es noch rund 32 Milliarden Euro. Der **Anteil der Ausgaben** am Gesamthaushalt war mit rund 10,9 Prozent 2024 jedoch **kaum höher** als zehn Jahre zuvor mit rund 10,8 Prozent.

Für 2025 sind Ausgaben in Höhe von 52 Milliarden Euro geplant. Das entspricht mit 10,3 Prozent einem **geringeren Anteil am Bundeshaushalt**. 2026 sollen die **Ausgaben sinken** – sowohl absolut als auch anteilig.

Bezogen auf Ausgaben im Bundeshaushalt für Regelsätze und Kranken- bzw. Pflegeversicherung, Heizen/Wohnen, Verwaltungskosten und Leistungen zur Eingliederung in Arbeit

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

zdfheute